

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

N^o 271.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

34. Jahrgang.
Dienstag, den 21. November.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Tageschau.

Freiberg, den 20. November.

Die Lage der Finanzen im Königreiche Preußen wurde zwar vom Finanzminister Scholz bei Ueberreichung des Budgets keineswegs als eine glanzvolle geschildert, aber immerhin hat Herr Scholz mehr Ursache zur Zufriedenheit, als sein französischer Kollege Tirard. Zunächst steht es fest, daß die Einnahmen des preussischen Budgets in keiner Weise eine wesentliche Erschütterung erlitten haben, denn die Minderausfälle in den Einnahmen der Verkäufe von Forsten- und Domänengrundstücken, sowie bei den Stempelgebühren und der landwirtschaftlichen Verwaltung im laufenden Etatsjahr repräsentieren keine Summen, aus denen ein finanzieller Rückschritt gefolgert werden könne. Sehr beträchtlich, nämlich zehn Millionen Mark, ist die Mindereinnahme aus den Gerichtskosten, aber bei dieser Mindereinnahme, die doch nur eine Abnahme der Prozesse bedeutet, kann man wohl gar nicht von einem finanziellen Rückschritt sprechen, denn die zehn Millionen Gerichtskosten, die in der Staatskasse fehlen, sind offenbar in den Taschen des Volkes geblieben. Einzelne Finanzkapitel wie die Zölle und Tabaksteuer weisen indessen für das Finanzjahr 1882/83 schon bedeutende Mehreinnahmen auf, außerdem ergab die Eisenbahnverwaltung ein Mehr von 22 1/2 Millionen, die Bergwerksverwaltung von 9 1/2 Millionen, die Forstverwaltung von 2 1/2 Millionen, die Justizverwaltung von 1 1/2 Millionen und die Verwaltung der indirekten Steuern von 4/5 Mill. Ist nun trotzdem im preussischen Etat ein Defizit und das Bedürfnis einer Anleihe in der Höhe von ungefähr 30 Millionen vorhanden, so ist dieses finanzielle Resultat lediglich eine Folge des bedeutenden Anwachsens der ordentlichen und außerordentlichen Staatsausgaben und der seit vorigem Jahre eingeführten Steuererlässe, die nach dem ausdrücklichen Wunsche der Regierung dauernd für die vier untersten Steuerklassen werden sollen. Fast genau dieselben Verwaltungszweige, welche in ihren Einnahmen gegen das vorige Etatsjahr einen Zuwachs aufzuweisen haben, hatten auch eine Vermehrung ihrer Ausgaben, so die Eisenbahnverwaltung um ca. 8 Millionen, die Bergwerksverwaltung um ca. 8 1/2 Millionen und die Justizverwaltung um ca. 8 1/2 Millionen. Rechnet man dazu noch die sich auf 10—12 Millionen belaufenden Steuererlässe, so liegt es ganz klar, daß im preussischen Budget bezüglich der Staatseinnahmen und Staatsbedürfnisse ein Mißverhältnis vorhanden ist, welches seiner Natur nach allerdings zu keinen erschreckenden Sorgen Anlaß giebt, aber immerhin zu seiner Beseitigung die Sorgfalt der Regierung und des Landtages in Anspruch nehmen muß, denn mit 934 1/2 Millionen tritt der preussische Etat in seinen Ausgaben auf, um 21 1/2 Millionen ist er über den Voranschlag gewachsen und daher ergibt sich ein Defizit von ungefähr 30 Millionen. Bei dem gleichzeitigen Vorhandensein beträchtlicher Erlasse an direkten Steuern muß indessen die Regierung mit ziemlicher Zuversicht noch ein Anwachsen der Reichseinnahmen an Zöllen und Steuern und eine daraus sich ergebende Erleichterung des Etats Preußens und der übrigen Bundesstaaten erwarten, denn sonst könnte die als vorzüglich bekannte preussische Finanzverwaltung nicht zu einem Steuererlasse von mehr als 10 Millionen schreiten. Dieser Erlaß in Verbindung mit den wachsenden Staatsausgaben und der geplanten Erleichterung der Kommunallasten durch Schulgelberbeiträge und Altersversorgung der Arbeiter läßt indessen auch keinen Zweifel darüber erscheinen, daß die preussische Regierung im Einverständnisse mit den übrigen Bundesstaatenregierungen eine weitere Erhöhung der Reichseinnahmen anstrebt und der finanzielle Schwerpunkt für alle Staaten daher faktisch im Reichstage und Reichsbudget liegt. Herr von Giers, der russische Minister des Aeußeren, welcher gegenwärtig bei dem Fürsten Bismarck in Warzin weilte, hat seit sieben Jahren Rußland nicht verlassen, ausgenommen im September vorigen Jahres, wo er den Kaiser Alexander nach Danzig begleitete und auf der „Derskawa“ mit dem deutschen Reichskanzler eine mehrstündige Konferenz hatte, aus der er, wie aus den Depeschen des damaligen österreichischen Botschafters, jetzigen Ministers Grafen Kalnoth, erhellt, die beruhigendsten Versicherungen von den friedlichen Intentionen des Fürsten empfing. Aus Warzin wird er hoffentlich denselben Eindruck mit nach Oesterreich und Italien nehmen, wohin sich von Warzin aus der Minister begiebt. Man darf in diesem Besuche des russischen Ministers bei unserem Reichskanzler wohl

eher eine Bekräftigung der Auslassungen der jüngsten Thronrede erblicken, daß die Wohlthaten des Friedens gesichert bleiben, sowie als ein Anzeichen der besonderen Verwirklichung dieser Hoffnung. — Die Rettungsstation Perrow der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphirt unterm 18. d.: Von der am Derserort-Riff gestrandeten deutschen Bark „Ceres“, mit Kohlen von Schields nach Danzig bestimmt, sind 6 Mann durch das Rettungsboot „Graf Behrnegendant“ gerettet. Bei Sturm aus Nordnordost war das Boot sechs Stunden unterwegs. Zwei von der Besatzung sind ertrunken, einer nachträglich gestorben. Wegen des am Bord gebliebenen Kapitäns muß das Rettungsboot noch einmal hinaus. — Die „Elsaß-Lothringische Ztg.“ widerlegt die irrige Annahme, daß die Erleichterung der Rückkehr der Optanten und der in Frankreich naturalisirten Elsaß-Lothringer mißbräuchlich zur Umgehung der deutschen Militärpflicht benützt worden zu sein scheine, und sagt: „Sollte die Rücksichtnahme auf das Interesse der einheimischen Familien die Meinung erzeugt haben, daß junge Elsaß-Lothringer die Militärpflicht umgehen können, indem sie die Entlassungsurkunde erlangen und sich nachher doch im Lande dauernd aufhalten, so wäre diese Meinung irrig. Der Regierung stehen Mittel und Wege zu Gebote, einem solchen Mißbrauch zu steuern. Die Regierung des Reichslandes hat die Augen offen und weiß, was sie nach Gesetz und Recht Denjenigen gegenüber zu thun hat, die sich der Wehrpflicht durch Entlassung aus dem heimatlichen Staatsverbande zu entziehen suchen.“ — Die Ergebnisse der 23 Wahlen zum Landesauschuss zeigen überwiegend einen gemäßigten Charakter. Die liberale Partei verlor einen (Nappoltweiler) und gewann einen Sitz (Colmar Stadt) mit zwei Stimmen Majorität. Sonst erfolgten nur Wiederwahlen, ausgenommen Zabern und Metz Stadt und Land.

Die Differenz zwischen der österreichisch-ungarischen Delegation über 100,000 Gulden ist am Sonnabend noch dadurch beglichen worden, daß die österreichische Delegation der ungarischen beitrug und genannte Summe auch ihrerseits bewilligte, worauf der Schluß der Session erfolgte. Der Präsident Dr. Smolka erklärte in seiner Schlussrede: Nachdem zwischen den Beschlüssen beider Delegationen die vollkommenste Uebereinstimmung erzielt und auch die dritte Lesung der Beschlüsse vorgenommen wurde, sind wir an das Ende unserer Aufgaben gelangt. Wenn wir einen Rückblick werfen auf unsere eben zu Ende gegangene Thätigkeit, so muß mit Befriedigung und Anerkennung hervorgehoben werden, daß das gemeinsame Ministerium, namentlich die Kriegsverwaltung, in nicht zu verkennender Sorge für die möglichst Schonung der Steuerträger die Anforderungen zur Befreiung des gemeinsamen Staatshaushaltes auf das äußerste Nothwendige und demnach Unabweisbare beschränkt hat; denn wie hätte es sonst kommen können, daß die Delegation alle Anforderungen der Regierung, mit Ausnahme eines ganz geringfügigen Postens, anstandslos zugestanden hätte. Nichtsdestoweniger ist die votirte Gesamtsumme keine geringe und für die Steuerträger eine nicht leicht erschwingliche. Daß aber die Delegation nach gewissenhafter und strenger Prüfung der Vorlagen die Anforderungen der gemeinsamen Regierung votirte, muß als Beweis angesehen werden, daß sie in richtiger Einsicht und patriotischem Pflichtgefühl Anstand nahm, irgend etwas zu verweigern, was der achtunggebietenden Stellung der Monarchie, und was der Wehrfähigkeit und Schlagfertigkeit der Armee Abbruch thun könnte. Im Gegentheil, die Delegation hat so Manches bewilligt, was als nothwendig anerkannt wurde, um diese höchst wichtigen Momente für die Sicherheit des Staates zu kräftigen und zu erhöhen, und sie wurde hierbei sicherlich von der ganz richtigen Anschauung geleitet, daß die Kräftigung dieser höchst wichtigen Momente die sicherste Gewähr ist für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens, dessen wir Alle so sehr bedürfen und welchen wir Alle ohne Ausnahme gewissenhaft und aufrichtig wünschen. Das Bewußtsein, in dieser Sache mit den väterlichen und wohlwollenden Intentionen des erhabenen Trägers der Krone in vollem Einverständnis zu sein, ist für uns gewiß eine sehr hohe Befriedigung, und auch der Anlaß, den wir so gerne bei jeder Gelegenheit ergreifen, unserem allergnädigsten Herrn die Gefühle unserer Loyalität zum Ausdruck zu bringen; und so werden Sie gewiß, meine Herren, nachdem wir am Schluß unserer Aufgabe angelangt sind, einstimmen in den Ruf: Se. Majestät, unser allergnädigster Kaiser lebe hoch! (Die Versammlung bringt ein begeistertes dreimaliges „Hoch“ aus.)

Zur Eröffnung der italienisch-schweizerischen Eisenbahnstrecke Pin-Ravara hatte am Sonnabend die Municipalität von Ravara den theilnehmenden Festgästen ein Diner von 700 Gedecken veranstaltet. Nach dem Festzuge, welcher Abends nach genannter Stadt zurückkehrte, nahmen außer den Festgästen alle bei dem Bau der Bahn beschäftigt gewesenen Ingenieure sowie Arbeiter Theil. Der italienische Minister Vaccarini hielt eine Ansprache, in welcher er den Gästen seinen Dank ausdrückte und auf die Fortschritte Italiens hinwies, welchen es die Entwicklung seiner internationalen Beziehungen zu verdanken habe, und brachte schließlich einen Toast auf den Kaiser Wilhelm und den König Humbert aus. Von Seiten der Vertreter Deutschlands und der Schweiz wurden Toaste auf den König Humbert ausgebracht. Unter andauernden lebhaften Zurufen der Einwohner trat der Festzug die Rückreise nach Genua an. Der Minister Vaccarini ist auf die Nachricht von der Erkrankung seiner Mutter nach der Romagna abgereist und wird bei den Festen in Genua durch den Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten vertreten.

In der Sonnabend-Sitzung der französischen Deputirtenkammer wünschte der Legitimist Baudry d'Asson eine Anfrage an den Minister des Innern zu richten, wegen einer in einem Schloß in der Vendée geworfenen Bombe. Die Kammer beschloß, diese Anfrage auf 8 Tage zu vertagen. — Der Konseil-Präsident Duclerc verlas den Gesetzentwurf, nach welchem der Vertrag Brazzas über das Kongosgebiet genehmigt wird. (Beifall.) Die Kammer beschloß die Dringlichkeit. Die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs soll am heutigen Montag ernannt werden. Waret (radikal) beantragte die provisorische Freilassung der Angeklagten von Montcau-les-Mines und verlangte die Dringlichkeit. Der Dringlichkeits-Antrag, welchen das Ministerium bekämpfte, wurde mit 384 gegen 76 Stimmen abgelehnt. — Roche (radikal) interpellirte die Regierung wegen der dem Erzbischof von Algier bewilligten 50,000 Franks. Der Minister des Innern wies nach, daß dieser Kredit vom Kultusminister ordnungsmäßig bewilligt worden sei zum Ersatz der Vorschüsse, welche der Erzbischof von Algier geleistet habe. Der Minister wies ferner darauf hin, daß der Erzbischof im Interesse des französischen Einflusses in Tunis große Opfer gebracht habe, und bezeichnete das bezügliche Vorgehen desselben als ein patriotisches Werk, welches vollständige Billigung verdiene. Die vom Minister beantragte einfache Tagesordnung wurde mit 344 gegen 125 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete die Kammer das Budget des Ministeriums des Aeußeren. Billiers (Legitimist) sagte, der Papst sei in Rom nicht frei, das Garantiegesetz sei eine Heuchelei; der Deputirte spricht von der eventuellen Abreise des Papstes. Konseil-Präsident Duclerc erklärte, daß Nichts vorliege, was die Abreise des Papstes von Rom voraussetzen lasse. — Delafosse erklärte, seine Bemerkungen über die ägyptische Frage verschoben zu wollen, um die schwebenden Unterhandlungen nicht zu stören. — Das Budget des Aeußeren wurde angenommen. — Ein in der Kammer vertheiltes Gelbbuch enthält Depeschen aus der Zeit vom 2. Juni bis 31. Juli. Neue Thatsachen lassen sich demselben nicht entnehmen.

Die Königin von England hielt am Sonnabend auf dem Horseguardsplatz in London eine Parade über die aus Egypten zurückgekehrten Korps einschließlich der Marinebrigade und einer Deputation des indischen Kontingents ab, die 8000 Mann zählten. An der Spitze derselben befand sich General Wolseley. Große Volksmassen begrüßten die Truppen enthusiastisch. Im Publikum ist man überzeugt, daß diese Truppenrevue durch Bronchial- und Lungenleiden, welche die Witterung hervorrufen mußte, mehr Opfer kosten dürfte, als der ganze Krieg. Stunden lang nämlich saßen und standen Zehntausend aus den oberen Klassen und mehrere Hunderttausend Andere im Freien, um die Revue anzusehen, während die bitterste Kälte herrschte und stinkender Nebel den Athem benahm. Seit 9 Uhr füllten sich alle Tribünen vor dem Kriegs- und Marineministerium. Im Nebel sahen die Zuschauer schier gespensterhaft aus; man konnte seinen Nachbar kaum erkennen, selbst die Polizei und die Soldaten konnten sich im Parke nicht zurechtfinden. Als die Mittagssonne durchbrach, nahm man erst die unzähligen Menschen wahr, welche wie durch ein Wunder ihre Plätze gefunden hatten. Die Königin kam gerade in dem Momente aus Windsor an, als der Nebel verschwunden war. Die Volksmenge brach natürlich in ein ungeheures Hurrah aus, als das Garderegiment vor dem Palast der Königin aufmarschirte.